

## Antrag 2026/I/Dig/7

### Kreis Wandsbek

#### Digitale Verwaltung vorantreiben: Online-Beantragung von Dokumenten auch für die Bürger\*innen

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 Die SPD Bürgerschaftsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden  
3 aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass Bürger\*innen künftig zentrale Verwaltungsdoku-  
4 mente und Dienstleistungen **direkt, vollständig und digital** online beantragen können.

5 Dabei soll eine etablierte, sichere und datenschutzkonforme Authentifizierungsmethode, wie  
6 der **elektronische Personalausweis (eID)**, genutzt werden.

7 Dies soll insbesondere für folgende Dokumente gelten:

8 • Auszug aus dem Grundbuch

9 • Meldebestätigung

10 • Geburtsurkunde

11 • Auszug aus dem Geburtenregister

12 • Sterbeurkunde

13 • Erbschein und Testament

#### 14 **Begründung**

15 Die Digitalisierung hat den Alltag vieler Menschen grundlegend verändert. Dienstleistungen  
16 wie Online-Banking oder Online-Handel sind heute selbstverständlich. Auch die öffentliche  
17 Verwaltung hat in den vergangenen Jahren Fortschritte gemacht: So kann etwa ein polizeili-  
18 ches Führungszeugnis bereits online beantragt werden. Mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG)  
19 haben Bund und Länder das Ziel formuliert, Verwaltungsleistungen für Bürger\*innen digital  
20 zugänglich zu machen. Dieses Ziel muss konsequent und praxisnah umgesetzt werden. Trotz  
21 vorhandener technischer Möglichkeiten erfordern viele grundlegende Verwaltungsleistungen  
22 weiterhin persönliche Vorsprachen oder papiergebundene Anträge.

23 Gerade bei häufig benötigten Dokumenten wie Meldebestätigungen oder Personenstands-  
24 kunden stellt dies eine unnötige Hürde dar – insbesondere für Berufstätige, Menschen mit ein-  
25 geschränkter Mobilität oder Bürger\*innen, die nicht vor Ort leben. Eine digitale Beantragung  
26 würde sowohl die Bürger\*innen als auch die Verwaltung selbst entlasten.

27 Für einzelne Dokumente, etwa Grundbuchauszüge, bestehen die technischen Voraussetzun-  
28 gen für eine digitale Beantragung bereits heute, diese sind jedoch bislang auf bestimmte Nut-  
29 zergruppen wie Notar\*innen beschränkt. Im Sinne der digitalen Daseinsvorsorge sollten diese

30 Möglichkeiten auch Bürger\*innen offenstehen. Eine konsequente Umsetzung digitaler Verwal-  
31 tungsprozesse im Rahmen des OZG stärkt die Bürgerfreundlichkeit, erhöht die Effizienz der Ver-  
32 waltung und leistet einen wichtigen Beitrag zu einer modernen, sozialen und leistungsfähigen  
33 öffentlichen Verwaltung.